



MISSION:

„ZUKUNFT OST“

ZUSAMMENFASSUNG | 26.05.2021
Online-Talk der FES-Brandenburg

*In den vergangenen 30 Jahren wurde in Ostdeutschland viel erreicht und dennoch ist das Versprechen „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ bis heute nicht vollumfänglich eingelöst. Wie lässt sich vor diesem Hintergrund die Zukunft Ostdeutschlands gestalten? Mit welchen Herausforderungen, aber auch mit welchen Chancen sehen sich Politiker_innen dabei konfrontiert und wie lassen sich Erfahrungen der Wendezeit für aktuelle Transformationsprozesse nutzbar machen? Darüber diskutierte Bundesfinanzminister und Vizekanzler **Olaf Scholz** am 26. Mai 2021 mit **Matthias Platzeck**, Ministerpräsident a.D. und Vorsitzender der Regierungskommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, sowie mit **Anne Hähnig**, Journalistin der Wochenzeitung „Die Zeit“, und dem Sozialwissenschaftler und Autor des Buches „Lütten Klein“, **Prof. Dr. Steffen Mau** in einem online übertragenen Livetalk aus Ludwigsfelde. Moderiert wurde die Diskussionsrunde*

*von **Katharina Gerlach**.*

*Zum Auftakt der Veranstaltung erläutert **Dietlind Biesterfeld**, Beigeordnete und Dezernentin des Landkreises Teltow-Fläming, wie die Stadt Ludwigsfelde dafür stehe, „aus großen Herausforderungen große Fortschritte zu schaffen“. Die Stadt war wie viele andere Industrieregionen Ostdeutschlands von den Deindustrialisierungsmaßnahmen der Sowjetunion betroffen, entwickelte sich aber durch die Lastwagenproduktion des Industrieverbands Fahrzeugbau (dem „legendären IFA LKW W 50“) auch in der DDR schnell wieder zu einem Industriezentrum. Nach der Wende war sie zwar anfangs von einer erneuten Phase wirtschaftlichen Niedergangs betroffen, mauserte sich aber im Laufe der 90er Jahre erneut zu einem der wichtigsten Automobilbauzentren Deutschlands. Ludwigsfelde, so Biesterfeld, sei somit ein guter Ort, um über eine „Mission Zukunft Ost“ zu diskutieren.*

MISSION ZUKUNFT OST AUS SICHT DER PODIUMSGÄSTE

Mit den vielen Erfahrungen der Umbrüche nach der Wiedervereinigung seien viele Bürger_innen in Ostdeutschland besser gewappnet für den jetzt anstehenden Strukturwandel, beispielsweise in der bisherigen Kohleregion Lausitz, ist **Olaf Scholz** überzeugt und stellt seine zentralen Punkte einer Zukunftsmission für Ostdeutschland vor.

Zum einen gelte es Ostdeutschlands Potential als Industriestandort voll auszuschöpfen. Die Niederlassung von Tesla in Brandenburg sei ein großer Erfolg und ein guter Beweis dafür, welche Chancen Ostdeutschland als Standort, insbesondere für innovative Unternehmen, bereithalte. Durch gezielte Industriepolitik müsse jedoch dafür gesorgt werden, dass weitere Unternehmen dem Beispiel Teslas folgen. Denn von einer solchen Entwicklung profitieren nicht nur die Unternehmen, sondern vor allem die ostdeutschen Arbeitnehmer_innen. Zusätzlich müsse eine solche Industriepolitik von einer umfassenden Arbeitsmarktpolitik begleitet werden. Dabei sei es laut Scholz zentral, die bestehenden Unterschiede des Lohnniveaus in Ost und West auszugleichen, insbesondere in den niedrigen Lohngruppen. Hierfür sei ein landesweiter Mindeststundenlohn von zwölf Euro wichtig. Scholz' Zukunftsmission beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft. Ebenso macht er sich für einen Ausbau des Gesundheitswesens, der Breitbandversorgung sowie des öffentlichen Nahverkehrs stark.

Matthias Platzeck legt einen Fokus auf das Thema Respekt: Eine Umfrage der Einheitskommission habe gezeigt, dass sich 82 Prozent aller Ostdeutschen in

ihren Lebensleistungen nicht anerkannt sehen. Eine Zahl, so Platzeck, die ihn in ihrer Größe selbst negativ überrascht habe, die er sich jedoch durch den mangelnden Respekt erklärte, mit dem den Bürger_innen Ostdeutschlands nach der Wende – auch durch politische Entscheidungsträger_innen – begegnet worden sei. Dies zeige sich beispielsweise daran, dass nur 20 Prozent aller Leitungsfunktionen in Ostdeutschland mit Menschen aus diesem Teil der Republik besetzt seien. Diesen Missstand gelte es bei künftigen Personalentscheidungen, insbesondere was öffentliche Funktionen wie etwa politische Ämter anbelangt, zu berücksichtigen. „Denn nur wer sich repräsentiert sieht, fühlt sich auch respektiert“, so Platzeck. Darüber hinaus macht er sich für die Herausbildung eines ostdeutschen Identitätsgefühl stark, das sich, ähnlich wie das bayerische „Mia san mia“, nicht aus Trotz, sondern aus dem Stolz auf die eigenen Leistungen speisen solle.

Anne Hähmig teilt Platzecks Einschätzungen hinsichtlich der Konsequenzen einer mangelnden ostdeutschen Repräsentanz. „Die Zahlen zum ostdeutschen Elitendefizit sind dermaßen peinlich, dass sie fast weh tun, wenn man sie liest“, erklärt sie. Aus Angst die bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West zu verstärken, hätten sowohl Politiker_innen als auch Medien diese Differenzen lange verschwiegen. Diese „falsche politische Korrektheit“, so Hähmig, habe jedoch zu Frust auf Seiten vieler Ostdeutscher geführt. Vor diesem Hintergrund fordert Hähmig die Ostdeutschen dazu auf, sich lauter für ihre Belange einzusetzen und appelliert gleichzeitig an die Westdeutschen, ihren Mitbürger_in-



Matthias Platzeck, Anne Hähmig, Olaf Scholz und Prof. Dr. Steffen Mau

nen im Osten zuzuhören und diese in ihrem Streben nach mehr Gleichberechtigung zu unterstützen. Auf die immer noch bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West geht auch **Steffen Mau** ein. Worte des Bundespräsidenten, Frank Walter Steinmeier, aufgreifend sei Deutschland hinsichtlich des Einigungsprozesses „zwar nicht so weit, wie wir glaubten und zugleich doch weiter, als wir dachten“, sagt Mau. In der nunmehr dreißigjährigen Post-Wende-Zeit sei viel erreicht worden, was die allermeisten Menschen Umfragen zufolge auch so sehen, dennoch hinkt Ostdeutschland in zentralen Bereichen dem Westen immer noch hinterher. In diesem Zusammenhang

nennt Mau etwa die Vermögensverteilung, aber auch universitäre Exzellenzcluster sowie das wirtschaftliche Produktivitätslevel. Mit Olaf Scholz stimmt er darüber überein, dass sich Letzteres nur durch eine aktive Industrie- und Arbeitsmarktpolitik angleichen lasse. Mit Blick auf den aktuellen Strukturwandel vor dem Hintergrund des Klimawandels sei es Mau zufolge außerdem wichtig, aus Fehlern der Wendezeit zu lernen. Daher gelte es, die Menschen aktiv in die Gestaltung der bevorstehenden Transformationsprozesse miteinzubeziehen und dies insbesondere in Regionen wie der Lausitz, die die Auswirkungen des bevorstehenden Strukturwandels am stärksten zu spüren bekommen werden.

ANLIEGEN LUDWIGSFELDER MULTIPLIKATOR_INNEN

Aufgrund der aktuellen Corona-Situation war eine Beteiligung des Publikums an dieser Debatte nur sehr eingeschränkt möglich. Um dennoch den Anliegen der Bürger_innen Ostdeutschlands Gehör zu verschaffen, wurden stellvertretend für diese drei Vertreter_innen der Ludwigsfelder Zivilgesellschaft eingeladen, die den Podiumsgästen im Anschluss an die Diskussionsrunde Fragen stellen konnten. Den Anfang macht **Tobias Kunzmann**, erster Bevollmächtigter der IG Metall in Ludwigsfelde. Kunzmann stimmt mit den Podiumsgästen darüber überein, dass die Transformationsprozesse der Wende zwar dramatisch gewesen seien, dass viele Ostdeutsche daraus jedoch auch ein neues Selbstbewusstsein entwickelt hätten. Gleichzeitig steht auch für ihn außer Frage, dass der Osten in vielen Bereichen der Arbeitswelt dem Westen immer noch hinterherhinkt. Daher stellt er die Frage, welche Maßnahmen die Politik, jenseits einer Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes, zu einer Beseitigung dieses Missstandes ergreifen wolle.

Mit Bezug auf diese Frage bestätigt **Olaf Scholz** nochmals die Notwendigkeit höherer Löhne. Diese seien nicht nur für Arbeitnehmer_innen wichtig, sondern auch für die Unternehmen selbst. Aufgrund der demographischen Veränderungen sehen sich diese einem zunehmenden Fachkräftemangel und damit auch einer Einschränkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit ausgesetzt, die sich nur durch gute Löhne ausgleichen lasse. Darüber hinaus plädiert Scholz jedoch auch für einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel – weg von einer verbraucher_innenzentrierten Produktionsgesellschaft hin zu einer arbeitnehmer_innenzentrierten Produktionsgesellschaft, in der anstatt einer möglichst billigen Produktionsweise die Würde der Arbeiter_innen im Vordergrund steht.

Die zweite Vertreterin der Zivilgesellschaft, **Carla Karstädt**, unter anderem Gründerin der Ludwigsfelder

Clubhausreihe „Kaffeeklatsch“, hat dieses Anliegen: In den vergangenen 30 Jahren seien in den ostdeutschen Bundesländern viele mittelständische Unternehmen entstanden, die jedoch zusehends in wirtschaftliche Not geraten. Sie will wissen, welche Maßnahmen Scholz zu ergreifen plane, um den Mittelstand zu stabilisieren, vor allem auch mit Blick auf die Ausbildung neuer Fachkräfte. Außerdem fragt Karstädt was getan werden könne, um das Zusammenwirken von Unternehmen und Vereinen und damit auch das gesellschaftliche Leben zu stärken. Sie bezieht sich damit auf die soziale Funktion, die viele mittelständische Betriebe als Förderer und Träger von Vereinen, beispielsweise der Förderverein der Feuerwehr, einnehmen.

Scholz betont zunächst die außerordentliche Bedeutung, die er dem deutschen Ausbildungsmodell beimisst. „Dieses Modell ist die Grundlage unseres Wohlstandes und gilt vielen anderen Ländern als Vorbild“, erklärt er. Daher sei es wichtig, die berufliche Ausbildung in Zukunft noch stärker zu fördern. Er plädiert dafür, junge Menschen noch während ihrer Schulzeit besser bei ihrer Zukunftsplanung zu unterstützen. Die von ihm ins Leben gerufene Jugendarbeitsagentur sei diesbezüglich ein erster Anfang. Gleichzeitig sollten diejenigen Schüler_innen, die beispielsweise aufgrund ihrer Noten, keine Ausbildungsstelle finden, durch eine stärkere Förderung von Möglichkeiten für Praktika die Chancen erhalten, sich auch unabhängig ihrer schulischen Leistungen in Betrieben beweisen zu können. **Olaf Scholz** teilt die Einschätzung zur Bedeutung, die Unternehmen für die Zivilgesellschaft in ländlichen Regionen tragen. Er erachtet es daher als zentral, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen finanziell dabei zu unterstützen, ihren Arbeitnehmer_innen die Ausübung von Vereinstätigkeiten zu ermöglichen.

Als dritte Vertreterin der Zivilgesellschaft und als Vorsitzende des Ludwigsfelder Beirats für Menschen mit Behinderung richtet sich **Maren Ruden** an Olaf Scholz. Mit Bezug auf das aktuelle Wahlprogramm der Sozialdemokrat_innen, in dem es heißt, dass Kommunen dabei unterstützt werden sollen, ein geplantes „Bundesprogramm Barrierefreiheit“ umzusetzen, will sie wissen, in welchem finanziellen und zeitlichen Rahmen sich dieses Bundesprogramm bewegen wird und an welche Stellen sich Kommunen für eine Generierung von Geldern wen-

den können. Außerdem fragt sie nach Möglichkeiten, das politische Engagement von Menschen mit Behinderung zu unterstützen.

Olaf Scholz antwortet, das Thema Barrierefreiheit sei zwar eines zu dem viele gute Gesetze existieren, aber oftmals der Wille zur Umsetzung fehle. Dies führt er unter anderem darauf zurück, dass ein Großteil der Projekte für mehr Barrierefreiheit eine lange Zeitspanne beansprucht. Es sei daher die Aufgabe Aller, diese Projekte weiter voranzutreiben.

KOMMENTARE UND DISKUSSIONEN IM CHAT

Eine rege Diskussion zur Zukunft Ostdeutschlands fand nicht nur auf dem Podium, sondern auch im Onlinechat statt. Viele Teilnehmende erklären dort, dass sie stolze „Ossis“ seien und räumen in diesem Kontext auch mit der Vorstellung auf, dass der Osten dem Westen ausnahmslos hinterherhinke. Ein gutes Beispiel hierfür betreffe die Emanzipation der Frauen, die nach der Wende im Osten deutlich weiter vorangeschritten gewesen sei als im Westen.

Doch betonen auch die Diskutierenden im Chat die immer noch bestehenden Unterschiede beider Landesteile in Deutschland, wie etwa hinsichtlich der Vermögensverteilung, des Lohnniveaus oder der Repräsentanz in Führungspositionen. Vor diesem Hintergrund fordern sie, dass das Versprechen „gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Ost und West“ endlich eingelöst werden müsse. In diesem Zusammenhang erachten sie es als zentral, die Ansiedlung innovativer Unternehmen, ins-

besondere von nachhaltigen Energieunternehmen, im Osten des Landes zu fördern und damit gut bezahlte Jobs für die Menschen in den Regionen zu sichern. Gleichzeitig müsse jedoch auch die Zivilgesellschaft stärker unterstützt sowie der öffentliche Nahverkehr und die Gesundheitsversorgung im Osten besser ausgebaut werden.

Ein vehement diskutiertes Thema ist außerdem der Umgang mit den ehemaligen DDR-Bodenreformflächen. Viele Teilnehmende erachten die politischen Entscheidungen, die nach der Wende diesbezüglich getroffen wurden und durch die viele Menschen ihr Land verloren haben, als ungerecht. Von dieser Ungerechtigkeit seien heute noch viele Menschen, gerade in Brandenburg, betroffen, weswegen sie sich insbesondere von ihren Landespolitiker_innen ein stärkeres Eintreten für die Belange der betroffenen Menschen wünschten.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Brandenburg
Hermann-Elflein-Str. 30/31 • 14467 Potsdam

AUTORIN:

Lisa Albrecht

REDAKTION:

Anne Seyfferth

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg

GESTALTUNG & SATZ:

Julia Heilck

COPYRIGHT 2021 Friedrich-Ebert-Stiftung

Potsdam@fes.de

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.

**Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,
Landesbüro Brandenburg**

Hermann-Elflein-Str. 30/31 | 14467 Potsdam
Tel. (0331) 29 25 55

Web. www.fes.de/landesbuero-brandenburg

 /FES.Brandenburg